

blieb aus, weil sich die SPD-Politik freiwillig mit in die Sackgasse begeben hat, in der die verfehlte CDU-Politik festsetzt.

Die CDU konnte sich zwar an der Regierung halten. Das Mißtrauen großer Teile der Bevölkerung ihrer Politik gegenüber verhinderte aber, daß sie die absolute Mehrheit erhielt. Aber auch die SPD errang keine Mehrheit. Eben weil sie die Politik der Anpassung an die CDU betrieben hatte. Klar ist, dieser Weg führt nicht zum Erfolg. Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat die Bonner Regierung ermutigt, ihren nach außen und innen aggressiven Kurs noch zu verschärfen. Soll die SPD auch diesen Kurs weiter mitmachen?

Leider ist bei einigen sozialdemokratischen Führern nicht zu erkennen, daß sie schon die notwendigen Lehren aus den Wahlen gezogen hätten. Das zeigt sich zum Beispiel im Stattfinden von Besprechungen über die Notstandsgesetzgebung und im Verzicht auf einen Protest gegen die USA-Aggression gegen Vietnam. Wenn Helmut Schmidt zum Beispiel sich mit dem schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk solidarisiert, so schadet er doch dem deutschen Volke und dem Ansehen der westdeutschen Sozialdemokratie.

### *Die SPD steht am Scheideweg*

Die Fortführung der Politik der Anpassung an die CDU schadet ihrem Ansehen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Mit der Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU wird sie niemals eine Mehrheit gewinnen, ja nicht einmal entscheidenden Einfluß in einer Regierung der Bundesrepublik erreichen. Wenn die SPD die Führung in Westdeutschland übernehmen will, so muß sie doch offenbar eine solche eigene Politik entwickeln und glaubhaft machen, die die Mehrheit der Bevölkerung der westdeutschen Bundesrepublik veranlaßt zu sagen: Dieser Partei müssen wir die *Macht im Staate* geben, zur Politik dieser Partei können wir uns mit gutem Gewissen bekennen.

*Die Regierung der CDU/CSU weiß natürlich genau, daß ihre Politik im Widerspruch zu den Interessen des Volkes steht.* Deshalb bereitet sie die Notstandsdictatur vor. Einflußreiche ultrarechte Kreise der CDU/CSU versuchen, die Erhard-Regierung nach rechts zur „starken Regierung“ zu erweitern und diese gleichzeitig durch einige sozialdemokratische Konzessionsschulzen dem Volk gegenüber zu tarnen. Wie